



Foto: picture alliance

ZeitschriftenSchau

Wo bleibt der Nachwuchs?

Article by an MPIfG researcher

Martin Höpner: Wo bleibt der Nachwuchs? In: Die Mitbestimmung 50(10), 60 - 63 (2004). Hans-Böckler-Stiftung

Deutschland zählt zu den Industrienationen mit den niedrigsten Geburtenraten. Die politische Klasse hat den ausbleibenden Nachwuchs als Wahlkampfthema entdeckt. Kann Politik die Kinderwünsche junger Paare steuern? Ein Blick in sozialwissenschaftliche Fachzeitschriften.



■ „Die Welt hat sich auf den Kopf gedreht“: Unter diesem Titel berichtet der Politikwissenschaftler Francis G. Castles von der Universität in Edinburgh (Großbritannien) in Ausgabe 3/2003 des „Journal of European Social Policy“ über Entwicklung und Bestimmungsgründe der Geburtenraten westlicher Industrienationen. Man rechnet, dass sich die Bevölkerung eines Landes reproduziert, wenn auf jede Frau durchschnittlich 2,08 Kinder kommen. Im Jahr 1960 betrug die durchschnittliche Fertilitätsrate in den 21 OECD-Ländern 2,88: Die Bevölkerung wuchs. Im Jahr 1998 kamen auf jede Frau nur noch durchschnittlich 1,59 Kinder, und keiner der westlichen Industriestaaten überschritt die Marge von 2,08. Hinter dem Durchschnitt von 1,59 Kindern im Jahr 1998 verbirgt sich dennoch eine enorme Ländervarianz. Mit einer Fertilitätsrate von 2,07 lagen die USA nur knapp hinter jener Geburtenrate, die die Bevölkerungszahl konstant halten würde. In Schlusslicht Spanien wurden nur 1,16 Kinder pro Frau geboren. Auch Deutschland gehört zur Gruppe der Länder mit unterdurchschnittlichem Nachwuchs (1,36). Eine hundert Jahre durchgehaltene Fertilitätsrate von 1,30 würde bedeuten, dass die Bevölkerung Jahr für Jahr um 1,5 Prozent schrumpft und dass am Ende nur noch ein Viertel der Ein-

wohner übrig wäre. Von dieser Marge ist Deutschland nicht weit entfernt. Fertilitätsraten unter 1,6, schätzen Experten, sind auch durch Migration kaum auszugleichen.

Für den Sozialwissenschaftler ist das eigentlich Verblüffende an der Analyse von Geburtenraten nicht deren Rückgang, sondern die völlige Verkehrung all dessen, was man noch vor 25 Jahren zu wissen glaubte. Faktoren, die früher in Richtung hoher Geburtenraten wirkten, sind heute Ursachen für Kindermangel. Früher waren es die Länder mit hohem Katholikenanteil, niedriger Frauenerwerbsquote, kleinen Dienstleistungssektoren und niedrigen Scheidungsraten – vor allem die südeuropäischen Länder, aber auch Deutschland – in denen der meiste Nachwuchs geboren wurde. Heute gilt das genaue Gegenteil. Irgendwann in der zweiten Hälfte der 80er Jahre scheinen die kausalen Mechanismen ihre Richtung gewechselt zu haben. Die englischsprachigen Länder, gefolgt von den skandinavischen Ländern, weisen die höchsten Geburtenraten auf, während die Bevölkerung in Ländern wie Spanien, Italien, Deutschland und Österreich in besonders rascher Schrumpfung begriffen ist.

Ursache dieser historischen Umkehrung ist, so legt Castles dar, ein tief greifender Präferenz- und Wertewan- →

Von **Martin Höpner**

Dr. Höpner ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
mh@mpifg.de

→ del. Die Nachkriegsgeneration sah sich als erste mit einer Situation konfrontiert, in der die Arbeit so produktiv geworden war, dass ein Familienmitglied mit der Heirat, spätestens aber mit dem ersten Kind aufhören konnte zu arbeiten – in aller Regel die Frau. In Ländern, in denen Frauen aus dem Arbeitsmarkt entlassen wurden, war die Bereitschaft zur Familiengründung groß. Das konservative Modell der Hausfrau in Kinderzimmer und Küche trifft bekanntlich nicht mehr die Wünsche junger Paare. Heutzutage ist es gerade die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die die Bereitschaft fördert, Nachwuchs großzuziehen. Niedrige Frauenerwerbsquoten zeigen heute an, dass eine solche Vereinbarkeit nicht existiert. Das Ergebnis sind niedrige Fertilitätsraten.

Die Angebote an Familien sind defizitär

Neben Castles widmet sich auch die Wirtschaftswissenschaftlerin Alicia Adserà von der Universität Illinois/Chicago in Ausgabe 1/2004 des „Journal of Population Economics“ der Analyse von Geburtenraten westlicher Industrieländer. Adserà und Castles arbeiten heraus, dass es vor allem zwei Gruppen von Faktoren sind, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und deshalb der Schrumpfung der Bevölkerung entgegenwirken. Erstens: Geburtenraten sind dort hoch, wo junge Paare ausreichende Unterstützung in der Phase der Familiengründung erhalten, zum einen finanzielle Unterstützung, zum anderen ein ausreichendes Angebot der Kinderbetreuung. Zweitens bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen Fertilitätsraten und der Beschaffenheit von Arbeitsmarktinstitutionen. Flexible Arbeitsmärkte, hohe Teilzeitquoten, hohe Chancen auf Wiedereinstieg nach Schwangerschafts- und Erziehungspausen und große öffentliche Beschäftigungssektoren ermutigen junge Paare, Familien zu gründen.

Wie sind diese Variablen auf die westlichen Industrieländer verteilt? Es gibt jeweils zwei Wege zu familienfreundlichen Institutionen der Kinderbetreuung und des Arbeitsmarkts. In den skandinavischen Ländern sorgt der Staat, in der englischsprachigen Ländergruppe der Markt für Betreuungsangebote. In den kontinentaleuropäischen Ländern hingegen ignoriert der Staat seine Zuständigkeit bei der Bereitstellung einer Infrastruktur zur Kinderbetreuung, verhindert mit hohen Abgaben auf niedrig produktive Arbeit aber gleichzei-

tig, dass sich ein entsprechendes Angebot über den Markt entwickelt. Ähnlich verhält es sich auf dem Arbeitsmarkt. Die englischsprachigen Länder sind durch flexible Arbeitsmärkte mit hohen Wiedereintrittschancen gekennzeichnet. In Nordeuropa sorgen große öffentliche Sektoren mit garantiertem Rückkehrrecht nach Schwangerschafts- und Erziehungspausen dafür, dass Frauen nicht dauerhaft vom Erwerbsleben ausgeschlossen bleiben. In Kontinental-, besonders aber Südeuropa hingegen sind die Frauenerwerbsquoten niedrig, die wegen fehlender Infrastruktur anfallenden Pausen lang und die Wiedereintrittschancen in den Arbeitsmarkt gering. Im Jahr 1995 betrug die Erwerbslosenquote von Frauen zwischen 25 und 34 Jahren in den USA und Australien um die sechs Prozent, in Europa aber elf Prozent, darunter zwanzig Prozent in Italien und sogar 34 Prozent in Spanien. Eigentlich kein Wunder, dass Paaren die Entscheidung zur Familiengründung unter diesen Bedingungen schwer fällt.

Wie kommen junge Familien in Deutschland mit dem defizitären Betreuungsangebot zurecht? Den Zusammenhang zwischen Betreuungsangebot und Fertilität in Deutschland untersuchen in Nummer 3/2004 der „Zeitschrift für Soziologie“ die Autoren Karsten Hank (Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demografischer Wandel), Michaela Kreyenfeld (Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock) und C. Katharina Spieß (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) anhand von Umfragedaten der Jahre 1996 bis 2000. In Deutschland kommt externe Kinderbetreuung fast ausschließlich über öffentlich geförderte Einrichtungen zustande. Privat-gewerbliche Angebote spielen kaum eine Rolle. Bei der Versorgung mit öffentlichen Angeboten zeigen sich nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Armer Osten? Armer Westen: Im Jahr 1998 lag die Versorgungsquote im Bereich der Kinderhorte in den neuen Ländern bei fast 70 Prozent, im Westen bei nur sechs Prozent. Ähnlich verhält es sich bei der Versorgung mit Kinderkrippen, die im Osten mit 36 Prozent zehnmal so hoch ausfällt wie in den alten Bundesländern. Fast alle ostdeutschen Kindergartenplätze sind Ganztagsplätze, im Westen gerade mal ein Fünftel. Vier Stunden Kindergarten erhöhen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht. Auch hinsichtlich der Verbreitung von Ganztagschulen hat der Osten die Nase vorn. In der DDR gelang

der Aufbau eines flächendeckenden Systems von Betreuungsplätzen für Kinder aller Altersklassen. Im Westen hingegen gelten Kinderkrippen noch immer als anrühlich. Im Jahr 2000 stimmten im Rahmen einer **ALLBUS**-Umfrage zwei Drittel der Westdeutschen der Aussage zu, ein Kleinkind werde „sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“. In den fünf neuen Ländern sind nur ein Drittel der Befragten dieser Meinung.

Hank, Kreyenfeld und Spieß legen dar, dass sich die Dichte der Versorgung mit Betreuungsangeboten in ostdeutschen Regionen positiv auf die Fertilität auswirkt. Für die westdeutschen Befragten lässt sich hingegen kein entsprechender Effekt nachweisen. Die Autoren interpretieren diesen Sachverhalt dahingehend, dass gewisse Schwellenwerte überschritten sein müssen, bevor die Versorgungsdichte einen Unterschied macht. Für den Entschluss zur Familiengründung ist irrelevant, ob die Wahrscheinlichkeit auf einen Hort- oder Krippenplatz gering oder verschwindend gering ist. In den alten Ländern macht es hingegen einen Unterschied, ob informelle Betreuungsnetzwerke durch Verwandte verfügbar sind. Wohnt die Mutter der Befragten am selben Ort, steigt die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft um dreißig Prozent.

Das Kindergeld zu erhöhen, reicht nicht aus

Und was tut die Bundesregierung? Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ haben ihre diesjährige Sommerausgabe (7-8/2004) der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewidmet. Neben anderen lesenswerten Beiträgen bietet die Münsteraner Politikwissenschaftlerin Irene Gerlach eine Gesamtschau auf sechs Jahre rot-grüner Familienpolitik. Der Regierung bescheinigt die Autorin Trippelschritte in die richtige Richtung, die aber gewiss nicht ausreichen, um die familienpolitische Zielsetzung im Koalitionsvertrag von 1998 zu erreichen: „Wir wollen Deutschland wieder zu einem kinder- und familienfreundlichen Land machen.“ Gewisse Verbesserungen hat die Bundesregierung bei der sozialen Lage der Familien bewirkt. Zu den ersten Maßnahmen nach dem Regierungswechsel zählte eine Erhöhung des Kindergelds. Eine zweite Kindergelderhöhung, in Zusammenhang mit einer Erhöhung des Kinderfreibetrags, folgte als Konsequenz aus Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Speziell für Geringverdiener wurde mit Wirkung ab dem 1.

Januar 2005 zusätzlich ein Kinderzuschlag von maximal 140 Euro beschlossen. Das ist immerhin etwas.

Im für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidenden Themenfeld, der Versorgung mit Betreuungsangeboten, fällt das Urteil über die rot-grüne Regierung widersprüchlicher aus. Wegen der Finanzknappheit der ostdeutschen Kommunen ist eine Beschleunigung des Versorgungsabbaus zu befürchten. Bereits in den 90er Jahren wurde die Zahl der Kindertageseinrichtungen in den neuen Ländern erheblich reduziert, was sich bisher nur aufgrund des noch rascheren Geburtenrückgangs nicht negativ auf die Versorgungsquote ausgewirkt hat. Beschleunigt sich der Abbau, wird die effektive Versorgungsquote sinken und weiter sinkende Geburtenraten nach sich ziehen. Zweifellos positiv, wenn auch vor dem Hintergrund knapper Kommunalkassen in Ost und West sicherlich nicht durchschlagend, sind die von Wirtschaftsminister Clement zugesagten vier Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung, die durch Einsparungen im Zuge der Hartz-Reformen finanziert werden sollen. Wie Gerlach darlegt, dürfen aber auch die familienpolitischen Risiken der neuen Zumutbarkeitsregeln nicht unterschätzt werden. Zukünftig gilt Arbeit für Hilfsbedürftige grundsätzlich als zumutbar, sobald das jüngste Kind drei Jahre alt ist; teilen die Betroffenen diese Ansicht nicht, werden Leistungen gekürzt. Derart definierte Zumutbarkeit setzt Betreuungsangebote voraus, die aber noch gar nicht geschaffen sind. Das ermutigt nicht gerade zur Familiengründung. ■

ALLBUS

Mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) werden aktuelle Daten über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland erhoben.

Literatur

- Francis G. Castles: The world turned upside down: below replacement fertility, changing preferences and family-friendly public policy in 21 OECD countries. In: *Journal of European Social Policy* 13, 3/2003, S. 209–227
- Alicia Adserà: Changing fertility rates in developed countries. The impact of labor market institutions. In: *Journal of Population Economics* 17, 1/2004, S. 17–43
- Karsten Hank/Michaela Kreyenfeld/C. Katharina Spieß: Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland. In: *Zeitschrift für Soziologie* 33, 3/2004, S. 228–244
- Irene Gerlach: Die Familienpolitik der rot-grünen Koalition. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 55, 7-8/2004, S. 411–418